

BEATE WILLMS ÜBER BANKEN UND VERBRAUCHER

Nicht nur ein PR-Gag

Juristisch mag die Verfassungsbeschwerde gegen den Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (Sofin) wenig Aussicht auf Erfolg haben. Trotzdem sollte man sie nicht nur als PR-Gag abtun.

Immerhin verdeutlicht sie noch einmal das moralische und politische Problem des Krisenmanagements: Staatlich unterstützt werden jene, die für die Entwicklung und Ausbreitung der Krise mitverantwortlich sind: die Banken. Hängen gelassen und zur Finanzierung der Hilfen herangezogen werden die Verbraucher, die durch privatisierte Altersvorsorge zu Geldanlagen und zum Kauf von Finanzprodukten gezwungen wurden.

Bei unverkäuflichen Wertpapieren fällt die Ungleichbehandlung besonders auf: Geldinstitute und Anleger tätigten teils die gleichen Fehlkäufe. Dabei verfügen die Banker nicht nur über einen Know-how-Vorsprung, der ihnen größere Verantwortung verleiht. Sie haben die Anleger offenbar auch wissenschaftlich falsch beraten.

Keine Frage: Hier ist eindeutig mehr Anlegerschutz vonnöten. Deshalb den Bankenrettungsschirm auf Privatanleger ausweiten zu wollen würde aber am Ziel vorbeischießen. Warum sollte jeder Geldanleger die Verluste seiner Fehlspekulationen an die Steuerzahler weiterreichen können – egal, ob sie krisenbedingt, aus Dummheit oder aus Gier zustande kamen?

Im Gegenteil muss die Frage sein, warum die Banken das dürfen sollten. Und das demnächst womöglich noch einfacher in einer Bad Bank, zu der der Finanzminister in der kommenden Woche sein Konzept vorstellen will. Auch wenn die Dynamik der politischen Diskussion das insinuiert: Es wäre nicht gleich das Ende des Systems, wenn man mal eine Bank pleitegehen ließe. Das Allermindeste aber ist, dass die Nutzung solcher Abschiebungsaktionen an den Soffin oder die Bad Bank mit sehr hohen Gebühren verbunden wird. Und dass die Banken für alle Ausfälle selbst haften.

JANKO RÖTTGERS ÜBER DAS URTEIL IM PIRATE-BAY-PROZESS

Sieg mit Holzbein

Insgesamt vier Jahre Haft sowie 2,7 Millionen Euro Schadenersatz: Das ist die vorläufige Bilanz im größten Piratenprozess des Jahres. Nein, wir reden hier nicht von somalischen Seeräubern, sondern von drei Betreibern und einem maßgeblichen Unterstützer des Pirate Bays, der Lieblingsplattform aller Musik- und Filmpiraten. Plattenfirmen und Hollywoodstudios freuen sich, als wäre ihnen Zerstörer persönlich ins Netz gegangen.

So ganz falsch liegen sie damit nicht. Bis zu 25 Millionen Menschen nutzen den Pirate Bay zum Dateitausch. Das sind 25 Millionen Menschen, deren System-Administratoren schon bald im Knast sitzen könnten. Das Urteil könnte über die Website hinaus Folgen haben. Die Filesharing-Szene gibt sich nach außen gerne unverletzlich, hinter vorgehaltener Hand zeigen sich Insider aber besorgt. Viele Websites sind vom Pirate Bay abhängig. Eine Abschaltung könnte zu

mindest kurzfristig zum Tauschbörsen-Supergau führen. Langfristig ist das Urteil jedoch nur ein weiterer Phyrussieg. Napster, Morpheus oder Kazaa sind nur einige der Tauschbörsen und P2P-Sites, die in den letzten Jahren geschlossen wurden. Die betroffenen Nutzer störte das wenig, sie wechselten einfach zum nächsten Anbieter. Jeder Schlag gegen die Piraten stachelte kreative Programmierer an, schnellere, bessere und größere Tauschbörsen zu entwickeln.

Gleichzeitig haben gerade Plattenfirmen allen Gerichtserfolgen zum Trotz mit herben Verlusten zu kämpfen. 1999 wurden in den USA 939 Millionen CDs verkauft, 2008 nur 384 Millionen. Das Urteil über die Pirate-Bay-Betreiber ist nichts anderes als ein letzter Sieg in einem verlorenen Kampf. Man feiert das Versenken eines unverletzlichen, hinter vorgehaltener Hand zeigen sich Insider aber besorgt. Viele Websites sind vom Pirate Bay abhängig. Eine Abschaltung könnte zu

■ Janko Röttgers ist Autor des P2P-Blogs www.p2p-blog.com

Man feiert das Versenken eines Piraten. Die eigene Flotte steuert unaufhaltbar auf den Abgrund zu

HEIKE HOLDINGHAUSEN ÜBER MILCHPREISE

Verbraucher für „Faironika“

Den Milchbauern geht es wieder schlecht. Oder immer noch? Ihre Proteste für höhere Milchpreise werden uns jedenfalls die nächsten Jahre begleiten. Sie sind Zeichen eines tiefgreifenden Wandels der Milchwirtschaft, den ein Paradigmenwechsel in der EU-Agrarpolitik ausgelöst hat. Kurz beschreiben lässt er sich mit „mehr Markt“.

Der Bundesverband der Milchviehhalter (BDM) will eine Abkehr von diesem Prinzip und die Mengensteuerung auf europäischer Ebene wieder einführen. Das scheint wenig realistisch, die EU-Kommission und viele Mitgliedstaaten werden sich dagegen stemmen. Derzeit zeichnet sich ein Szenario ab, in dem nur wenige große Betriebe EU-subsidiert weltmarktfähige Produkte liefern – und possierliche Überbleibsel alter Zeiten, etwa in Bergregionen für Landschaftspflege und Tourismusförderung, vom

Staat erhalten werden. Wünschenswert ist das nicht.

Darum ist das Projekt „Faironika“ des BDM ein mehr als interessantes Experiment. Die Bauern wollen in Zusammenarbeit mit kleineren Molkeereien eine eigene Milch zu fairen Preisen in den Handel bringen – möglichst aus der Region, am besten von gentechnikfrei gefütterten und artgerecht gehaltenen Kühen. Das klingt einfacher als es ist. Ostdeutsche Betriebe wissen schon, wie schwierig es sich gestaltet, neue Produkte in den Supermarktgaleen zu platzieren.

Doch ist der Versuch jede Anstrengung wert, denn er birgt die Vision einer anderen, einer regionalen und nachhaltigen Landwirtschaft. Ob das Modell eine Chance hat, wird vom Verbraucher und seiner Bereitschaft abhängen, die faire Milch zu kaufen. Politische Unterstützung werden die Bauern nämlich nicht bekommen.



Ihr und Wir

RASSISMUS Die Presse verweigert beharrlich den genauen Blick auf Migranten. Dabei hat die Politik längst entsprechende Studien in Auftrag gegeben

Jeder dritte Einwanderer: arbeitslos. Migranten im Bremer Norden: heimatlos. Eine Armada von Helfern: machtlos. [...] Es ist schwer, nicht wütend zu werden.“ (Stern, 5. 4. 2009)

Seit nunmehr fünf Jahren wird das Lied der gescheiterten Integration gesungen. Ralph Giordano, Seyran Ates, Necla Kelek und Henryk M. Broder trällern es, ebenso die FAZ und die taz. Längst hat sich ein binäres Weltbild vom „Fremden“ und „Eigenen“ in die Köpfe eingegrast.

„Integration und Migration“ – an keinem anderen Thema lässt sich der Wandel der Öffentlichkeit in den zurückliegenden Jahre besser illustrieren. Als ein Teil der politischen Klasse Anfang der Neunzigerjahre eine Kampagne gegen Asylsuchende entfachte, boten hunderte Journalisten den Scharfmachern aus den Parlamenten die Stirn. Sie informierten, kritisierten und kommentierten. Und sie warnten: Hier werden Freiheits- und Menschenrechte zur Disposition gestellt. Am Ende stand ein Aufbruch der Zivilgesellschaft – Proteste, Lichterketten und schließlich, unter der rot-grünen Regierung, ab 1998 eine Phase der Selbstkritik und der Besinnung.

Zehn Jahre später ist alles anders. Nun ethnisieren und polarisieren vor allem bürgerlich aufgeklärte Kreise, allen voran Journalisten – in der Qualitätspresse ebenso wie im Boulevard. Ein Berufsstand, der so große Stücke auf seine Aufgeklärtheit, Kritikfähigkeit und seine Wächterrolle hält, entpuppt sich mehr und mehr als eine Ansammlung enthemmter Kleinbürger. Ressentimentgeladen, unfähig und unwillig, den aktuellen Entwicklungsstand der Einwanderungsgesellschaft zu reflektieren.

Ihr vermeintlich aufklärerisches Tun ist gespiegelt von Ängsten vor Verlust der gesellschaftlichen Kontrolle. Eifrig sammeln sie Eindrücke in den gesellschaftlichen Randzonen, den Neuköllns und den Rütli-Schulen der Republik. Ohne Skrupel werden Anonimen auf die Gesamtheit der Eingewanderten übertragen, ein aggressives Ihr und Wir konstruiert.

Heute sind es Repräsentanten der Macht, die dem Wüten der Journalisten entgegenzutreten. Kanzlerin Merkel, Innenminister Schäuble, SPD-Chef Müntefering und Außenminister Steinmeier – sie alle bemühen sich um neue Wege der Integration. Die Politik als Korrektiv der vierten Gewalt – eine Paradoxie der deutschen Geschichte.

Seit 2007 sind eine Reihe von umfangreichen Studien und Untersu-

chungen zum Migrationsgeschehen in Deutschland erschienen. „Muslime in Deutschland“ zum Beispiel. Ein 500-seitiges erhellendes Werk zu Integration, Integrationsbarrieren, Religion und Einstellungen zu Demokratie, Rechtsstaat und politisch-religiös motivierter Gewalt. Aufschlussreiche Ergebnisse, die in Vielem die Berichterstattung ad absurdum führen.

Differenzierung nach Milieus

Seit Ende 2008 liegt nun die komplette „Sinus-Studie über Migranten-Milieus in Deutschland“ vor. Sie wurde 2006 begonnen und veröffentlichte erste Ergebnisse im Herbst 2007. Die quantitativen und qualitativen Ergebnisse der repräsentativen Studie räumen gründlich mit der medialen Konstruktion auf: Migranten sind keine homogene Gruppe; sie definieren sich nicht vor allem über den ethnischen Hintergrund oder Religion.

Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik werden Migranten, analog zu der deutschen Mehrheitsbevölkerung, differenziert nach sozialer Lage und Grundorientierung betrachtet. Acht Milieus werden vorgestellt. Sie reichen vom interkulturell-kosmopolitischen Milieu über das statusorientierte und traditionelle Arbeitermilieu bis hin zum religiös-verwurzelten. Ergebnis: Nur rund 7 Prozent der Migranten gehören dem religiös-verwurzeltem Milieu an, das strenge und rigide Wertvorstellungen vertritt, den patriarchalen und religiösen Traditionen der Herkunftsräume verhaftet ist und sich in kulturelle Enklaven zurückzieht.

Migranten definieren sich nicht in erster Linie über den ethnischen Hintergrund oder die Religion

Eberhard Seidel

■ Eberhard Seidel, 54, ist Journalist und Geschäftsführer von „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“. Gemeinsam mit Sanem Kleff veröffentlichte er „Stadt der Vielfalt. Das Entstehen des neuen Berlin durch Migration“ (Berlin 2009). Foto: Burkhard Lange



Seit 2007 veröffentlicht das sozialwissenschaftliche Institut Sinus Sociovision aus Heidelberg nun schon Teilergebnisse der groß angelegten Untersuchung, die den Migrantinnen und Migranten ein hohes Maß an Integrationsbereitschaft attestiert. Und die darauf aufmerksam macht, dass der Einfluss religiöser Traditionen überschätzt wird. So bekennen sich 84 Prozent zur Trennung von Staat und Religion und meinen, Religion sei Privatsache.

Wahrgenommen oder gar diskutiert werden die Ergebnisse der Studie kaum. Die taz widmete ihnen seit 2007 einen einzigen Artikel. Im gleichen Zeitraum erschienen rund 300 Artikel zu Ehrenmord, Zwangsheirat und Rütli-Schule; Stichworte, die für das Scheitern der Integration stehen. Natürlich bemühen sich eine Reihe dieser Artikel um Differenzierung. Allein durch ihr Referenzsystem bleiben sie allerdings Teil der insgesamt problematischen bis reaktionären Integrationsdebatte. Ähnlich sieht es in den anderen Qualitätszeitungen der Republik aus.

Integration gilt als überflüssig

Diese Berichterstattung und nicht die Erkenntnisse der Sinus-Studie prägen folglich das Alltagsbewusstsein. Demgegenüber beschreibt die Sinus-Studie die Individualisierung und Pluralisierung der Lebensformen unter Migranten: 98 Prozent wählen ihren Ehepartner selber, 83 Prozent der befragten Menschen mit Migrationshintergrund leben gern in Deutschland; 82 Prozent sprechen mit ihren engsten Freunden deutsch, und für 74 Prozent sind Bildung und Wissen wichtige Werte. Obwohl die Migranten den Deutschen also immer ähnlicher werden, beharrt die Publizistik darauf, Migranten weiterhin nach ihrer ethnischen Herkunft und nicht nach ihren tatsächlichen Wertvorstellungen und Lebensstilen zu definieren.

Nach einer Ende März veröffentlichten, repräsentativen Studie der Forschungsgruppe Sinus Sociovision halten 40 Prozent der deutschen Bürger Antidiskriminierungspolitik für „überflüssig“. So wird es zwar zu Recht als wichtig empfunden, Frauen den gleichen Lohn zu bezahlen wie Männern oder Ältere und Behinderte nicht zu benachteiligen. Weniger Verständnis haben viele Deutsche für die Gleichbehandlung von Migranten, Homosexuellen oder Andersgläubigen. Maßnahmen auf politischer und insbesondere auf gesetzlicher Ebene werden abgelehnt.